

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werthbähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 143.

Mittwoch, den 22. Juni 1898.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Die konservativen „Volksfreunde“.

Daß die Conservativen Feinde des Reichstags-Wahlrechts sind, leugnen sie selbst jetzt während des Wahlkampfes nur in sehr bedingter Form. Wie sollen sie es denn auch, da so himmelschreiende Thatsachen gegen diese Ableugnung vorliegen, wie die Beibehaltung des Dreiklassen-Wahlrechts in Preußen und die Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts in Sachsen? Wollte man aber gar die einzelnen Aeußerungen conservativer Politiker und Journalen gegen das allgemeine, directe und geheime Wahlrecht aufführen, so müßte man Bände füllen. Die Stellungnahme, welche das zu den Wahlen herausgegebene conservative Handbuch zu dem Reichstags-Wahlrecht einerseits wie zu dem preussischen Dreiklassen-Wahlrecht andererseits einnimmt, ist bereits öfters zur öffentlichen Kenntnißnahme gebracht worden. Wir wollen an dieser Stelle nur noch an die Haltung des letzten konservativen Parteitagcs zu Dresden erinnern. Damals wurde „aus Parteifreien“ in der „Kreuzzeitung“ der Vorschlag gemacht, der conservative Parteitag möge sich für die Aufrechterhaltung des Reichstags-Wahlrechts aussprechen. Freilich, gewisse Bedingungen stellte sich jener Artikelschreiber: er sprach sich gegen die geheime Abstimmung aus und forderte Abschaffung der Stichwahlen. Und doch, selbst diese bedingte Zustimmung zum Reichstagswahlrecht erschien der conservativen Parteileitung zu weitgehend und der „Erfassungsschub“ hat einstimmig beschlossen, dem Antrag keine Folge zu geben. Man hat es eben schon längst auch auf das gleiche und directe Wahlrecht abgesehen. Damals schrieb auch die „Kreuzzeitung“:

„Soll denn jemals ein conservativer Mann ein Hehl daraus gemacht, daß er dem geltenden Reichstags-Wahlrecht, dessen Auswüchse und Mißstände bis tief in die Reihen der Liberalen hinein anerkannt sind, seine Sympathien nicht entgegenbringen kann?“

Wir glauben, das genügt!

Worin die Staatspolitik der Conservativen besteht, ist sattem bekannt. Sie wollen hohe Getreidezölle, um sich am Brotwucher zu bereichern, Exportprämien für Zucker und Spiritus, um aus dem Gelde der deutschen Steuerzahler hohe Dividenden herauszuwirtschaften und im Uebrigen bewilligen sie alles, was das Volk zu bezahlen hat und verweigern selbst die geringste Besteuerung ihres Einkommens. Aus dieser Politik machen sie auch wirklich gar kein Hehl, nur suchen sie ihre Raubwirtschaft unter einem Wust patriotischer Redensarten zu verbergen.

Neulich ist es Mode geworden, statt von den „Conservativen“, von der „Sammlung“ zu sprechen. Aber wenn man sich das Ding genau besieht, so sind diese „Sammler“ immer wieder die alten Conservativen. Sie haben nur den Namen gewechselt, weil der alte nicht mehr zog und segeln unter falscher Flagge. Ueber die Politik der „Sammlung“, die bekanntlich mit dem Aufruf des wirtschaftlichen Ausschusses begonnen hat, wollen wir das Zeugnis eines durch und durch conservativen Mannes, der aber es verstanden hat, sich von der Corruption der Fraction freizu-

halten, anführen. Professor Dr. Hans Delbrück, einer der geachteten Männer in Deutschland, schrieb in den von ihm herausgegebenen „Preussischen Jahrbüchern“:

„Die Partei der „Sammlung“ ist zugleich die Partei der polizeilichen Reaction und der Umsturz-gesetze. Sie ist es, die im Landtage die lokale Einführung des Verprechens des Reichstags wegen des Vereinsgesetzes verhindert hat. Von vornherein hat sie jedes ideale Moment aus ihrem Aufruf ausgeschlossen. Er soll und will nichts sein als die Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Wenn vom „Schutz der nationalen Arbeit“ gesprochen wird, so ist klar, daß nur das als Phrase gebraucht wird, denn es paßt ja nur auf die eine Hälfte, die Landwirtschaft, während die andere Hälfte, die Industrie, von Kraft und Ueberfluß strotzt und in dem Schutz, den sie genießt, nicht bedroht wird. Hier handelt es sich vielmehr um den Schutz derjenigen „nationalen Arbeit“, die für den Export arbeitet und nicht von der „Sammlung“, sondern von ihren Gegnern vertreten wird.“

Auch diese Charakterisirung der Conservativen durch einen der ihrigen dürfte genügen, um ihre „Volksfreundlichkeit“, die auch im gegenwärtigen Stichwahlkampfe in Breslau wieder besonders betont wird, in hellem Lichte erscheinen zu lassen.

Es treibt weiter!

Die „Köln. Volksztg.“ läßt sich durch die verschiedenen Dementirungen ihrer Darstellung eines Coulissenspiels nicht beirren und zeichnet auf Grund der ihr zugegangenen Mittheilungen nunmehr folgendes Bild der Lage:

„Die conservativen und die bündlerischen Politiker waren unter dem Eindruck in die Wahlagitiation gegangen, daß Herr v. Miquel ihre Säule, ihre Hoffnung sei. Sie müssen doch wohl irgend einen Anhalt für diese Auffassung gehabt haben. Nun fanden sie aber im Wahlkampfe, daß die Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten keineswegs so ausgiebig sei, wie sie es sich gedacht hatten; dazu kam auch die Prinz-Schönau-Schloß-Briefgeschichte — kurz und gut, sie kamen zu der Erkenntniß oder zu dem Glauben, daß es wesentlich an dem Fürsten Hohenlohe und dem Herrn v. Bülow liege, wenn der Kurs nicht weiter nach rechts gehe. Daß diese Herren jetzt ihr Streben darauf richten würden, diesen Ministern Schwierigkeiten zu machen, lag einigermaßen nahe; daß sie Herrn v. Miquel auf den Schild erhoben, war um so verständlicher, als sie doch nicht voraussehen konnten, seine Officiösen würden alsbald die „Politik der Ranz, Gahn und Plöz“ desavouiren. Die „Fronte“ ist aber zu diplomatisch geschult, in „Kabalen“ zu sehr erfahren, um direct auf ihr Ziel loszugehen; sonst konnte man an der Stelle kaum Eindruck machen, wo das Wort „Brotwucher“ gesprochen war. Man setzte also die Hebel der internationalen Politik an, und zwar an der Stelle, welche nach einem bezeichnenden Ausdruck den „Pivot der auswärtigen Stellung Deutschlands“ bildet. Das ist unser Verhältniß zu Rußland; keine Blume wird so sorgsam gepflegt. Das Weitere ergibt sich von selbst. Durch verschiedene Canäle versuchte man zu lanciren, daß aus diesem Grunde ein Wechsel im Kankleamt und im Staatssecretariat des Aeußeren wünschenswerth sei, und gab sich Mühe, das russophile W. zu empfehlen, worunter aber nicht, wie Berliner Blätter meinen, Graf Wartenleben, sondern ein bekannter, am St. Petersburger Hofe beliebter Diplomat zu verstehen ist. Die Mittheilung von Einzelheiten müssen wir uns versagen, wiederholen aber, daß unser Gewährsmann uns zu viel Material an-

die Hand gegeben hat, als daß ein Zweifel an der Richtigkeit seiner Mittheilungen berechtigt erscheinen könnte. Um einen Ha- griff gegen den Vicepräsidenten des Staatsministeriums war es uns nicht zu thun; es wird sich bei der entgegengelegten Annahme wohl um einen entschuldbaren Irrthum von Persönlichkeiten handeln, die ihn für einen besonders warmen Protector des Landbundes hielten.“

Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet als den „russophilen“ Staatsmann W. den General v. Werder, der am russischen Hof persona gratissima sei.

Der officiöse „Münch. Allg. Ztg.“ wird geschrieben unter Dementirung der Meldung der „Köln. Volksztg.“, es sei der dringende Wunsch des Kaisers, der nach dieser Richtung hin von den staatsrechtlich und wirtschaftlich auf gleichem Boden stehenden Räten der Krone, dem Minister Dr. v. Miquel und dem Staatssecretär Grafen Posadowsky auf das Lebhafteste unterstützt wird, daß Fürst Hohenlohe so lange als irgend möglich im Amte verbleibe.

So lange als irgend möglich? Wie lange denn auch?

Chinesisches.

Die deutsche „Weltpolitik“ in China soll in der That eine erweiternde Fortsetzung erfahren. Die „Birmingham Post“ schreibt: Alle letzten Nachrichten von und über China zeigen an, daß ein neuer Kampf der europäischen Nationen um weiteres Gebiet im fernen Osten unmittelbar bevorstehe. Das letzte, nicht am wenigsten bedeutsame Symptom ist, daß der deutsche Kaiser einen langen Brief vom Prinzen Heinrich über die Lage und die Ausichten von Kiautschau erhalten habe, worin der Prinz, gestützt auf beigelegte Urtheile der Sachverständigen ausführe, daß Kiautschau nie dem deutschen Handel in China von großem Werthe sein könne; seine Vertauschung gegen einen mehr südlichen Hafen werde dringend empfohlen. Selbst als Flottenstation solle Kiautschau wenig taugen.

Und den „Daily Chronicle“ wird aus Futschou geschrieben, es sei eine baldige Ankündigung zu erwarten, daß Deutschland mittels Pachtung der Samlah-ucht sowie die - andung des Flusses Min, an dem der Vertragshaj. Futschou liegt, erworben habe. Zwei deutsche Kanonenboote seien seit geraumer Zeit mit der Vermessung der Bucht beschäftigt. Die Samlahucht liegt südlich von dem Hafenplatz Funing, wo die Japaner jüngst von China ein nur für sie vorbehaltenes Gebiet verlangt haben. Die Einwohner der Bucht stehen in einem Verkehr mit der benachbarten Insel Formosa. Auch in dem nahen Futschou wollen die Japaner nach den an das Jungtjamen gestellten Forderungen Niederlassungen begründen.

Die Petersburger officiöse „Nowoje Wremja“ faßt die von Salisbury besprochene Reorganisation der chinesischen Land- und Seestreitkräfte als einen Plan Englands auf, sich der Oberleitung dieser Streitkräfte zu bemächtigen. Wenn außerdem schon jetzt Engländer die chinesischen Zollämter leiten, so würde China nach Verwirklichung dieses Planes ganz englisch werden. Die russisch-chinesische Freundschaft sei jüngst durch einen Bund besiegelt. Das Blatt zweifelt nicht daran, daß die russische Diplomatie die chinesische Regierung auf die „drohende Gefahr“ aufmerksam machen werde. Auch andere Mächte, namentlich Japan, hätten allen Grund, China davon abzuhalten, das Opfer eines für den gesamten fernen Osten mörderischen Anschlages zu werden.

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. H. Kofa.

(Die Buchform erschienen bei J. Neumann, Neudamm & Co., Berlin.)

65) Radbruch verboten.

— Kommen Sie, wir wollen collationiren . . . Dann können Sie addiren.

Doch da sie die Thür offen lassen wollte, um die Fräuleins überwachen zu können, drang der Lärm herein, so daß man kaum hören konnte, was gesprochen wurde.

— Nicht so laut! Ichrie von Zeit zu Zeit Madame Aurelie, die des Lärms wegen nicht verstand, was Denise vorlas.

Nachdem die ersten Listen collationirt waren, ließ sie das junge Mädchen addiren und holte Fräulein von Fontenailles, die bei den Brautausstattungen nicht mehr gebraucht wurde. Diese sollte auch addiren, so würde man rascher fertig werden.

Da erschien Mouret wieder, der auf's Neue die Kunde machte. Er blieb überrascht stehen, als er Denise in der Theilung nicht sah, und winkte Madame Aurelie heran. Beide zogen sich in den Hintergrund zurück und sprachen dort leise mit einander. Er fragte sie offenbar aus. Sie wies mit den Augen nach dem Musterzimmer, dann schien sie etwas zu zögern. Zweifelloch erzählte sie, daß das junge Mädchen am Morgen geweint hatte.

— Zeigen Sie mir die Listen! sagte Mouret laut.

— Dort sind sie, Herr Mouret, erwiderte die Vorsteherin. Wir haben uns vor dem Lärm dorthin geflüchtet.

Er folgte ihr in das angrenzende Zimmer.

— Geben Sie dem Chef die Listen! rief die Vorsteherin in der Thür.

Denise überreichte sie ihm. Einen Augenblick schien Mouret völlig von dem Verzeichniß in Anspruch genommen zu

sein, ohne dem jungen Mädchen einen Blick zuzuwenden. Madame Aurelie war zu Fräulein von Fontenailles getreten und schien mit ihrer Arbeit nicht zufrieden zu sein, denn sie sagte plötzlich halblaut:

— Gehen Sie doch lieber beim Paden helfen . . . Sie sind im Rechnen nicht gelibt.

Das Fräulein erhob sich und ging hinaus, wo sie mit Götlicher empfangen wurde.

— Sehr gut! Sehr gut! wiederholte Mouret, der sich stellte, als lese er immer noch.

Madame Aurelie wußte nicht, wie sie sich ihrerseits auf eine anständige Art entfernen konnte. Sie trippelte hin und her, betrachtete die Schneidemaschinen und war während auf ihren Mann, daß er keinen Grund ersand, sie abzurufen. Marguerite war schließlich so intelligent, um eine Auskunft zu erlangen.

— Ich komme sofort! rief die Vorsteherin.

Und da sie nun vor den Augen der sie beobachtenden Fräuleins einen Grund hatte, sich zu entfernen, ließ sie Mouret und Denise allein und ging in so majestätischer Haltung hinaus, daß die Verkäuferinnen nicht einmal zu lächeln wagten.

Mouret hatte langsam die Listen auf die Tafel gelegt. Er sah das junge Mädchen an, das die Feder in der Hand sitzen geblieben war.

— Sie kommen heute Abend? fragte er halblaut.

— Nein, Herr Mouret, erwiderte sie, ich kann nicht. Meine Brüder werden bei meinem Onkel sein und ich habe versprochen, mit ihnen zu speisen.

— Aber Ihr Fuß! Sie können so schwer gehen.

— O, so weit kann ich schon gehen, ich fühle mich seit heute früh bedeutend besser.

Bei dieser ruhigen Ablehnung war er sehr bleich geworden. Es suchte nervös um seine Lippen. Er hielt aber

an sich und nahm wieder den höflichen Ton des Chefs an, der sich für eine seiner Verkäuferinnen interessirt:

— Wenn ich Sie aber bitte . . . Sie wissen, wie sehr ich Sie hoch schätze.

Denise verharrte in ehrerbietigem Schweigen.

— Ihre Güte rührt mich sehr, Herr Mouret, und ich danke Ihnen für die Einladung . . . Doch ich muß wiederholen: es ist mir unmöglich, meine Brüder erwarten mich heute Abend.

Einen Augenblick herrschte Schweigen.

— Also wann werden Sie kommen? fragte er aufs Neue. Morgen?

Bei dieser einfachen Frage wurde Denise verlegen. Sie verlor einen Augenblick ihre Ruhe und flammelte:

— Ich weiß nicht . . . ich kann nicht . . .

Er lächelte und versuchte ihre Hand zu ergreifen, die sie zurückzog.

— Vor was fürchten Sie sich denn?

Doch sie erhob schon das Haupt, sah ihm ins Gesicht und sagte lächelnd in ihrem sanften Ton:

— Ich fürchte mich vor nichts, Herr Mouret . . . Man thut nur, was man thun will, nicht wahr? Ich, ich will nicht . . . Das ist alles!

Als sie verstummte, überraschte sie ein Knarren. Sie wandte sich um und sah, wie langsam die Thür geschlossen wurde. Der Inspector J. hatte sie geschlossen. Die Thüren gehörten in sein Ressort, keine durfte offen bleiben.

— Hören Sie mich an, begann Mouret mit leiser, satter Stimme, ich liebe Sie . . . Sie wissen das längst, treiben Sie kein so grausames Spiel mit mir, sich unwissend zu stellen . . . Und fürchten Sie nichts. Zwanzig Mal hatte ich schon Lust, Sie in mein Cabinet zu rufen. Wir wären dort allein gewesen, ich bräunste nur den Kiebel vorzuschreiben. (Fortsetzung folgt.)

Zur Frage der Militärstrafprozessreform wird der „Frankf. Zeitung“ aus München gemeldet: „Wir sind noch so weit wie je, also sehr weit von einer Verständigung zwischen Berlin und München entfernt. In Berlin herrscht keine Neigung zu einem Entgegenkommen. Von Bayern aus wird demgemäß nichts gethan, um eine Entscheidung herbeizuführen. Man wird wohl in München der Ansicht sein, daß es nicht praktisch und auch nicht von Erfolg wäre, auf eine Lösung zu drängen.“

Einen schlechten Trost machen sich einzelne bürgerliche Blätter gegenüber den Wahlerfolgen der Socialdemokratie zurecht und zwar einen, der nicht einmal neu ist. Mit dem diesmaligen Wahlergebnis soll die Socialdemokratie endlich auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sein. Die guten Trostspender haben dabei nur vergessen, daß sie oberflächlich daselbst schon 1890 und 1893 erklärt haben, und die folgende Wahl hat den Trost wieder zu nichts gemacht. Sie leben nur noch von der Hoffnung auf den endlichen Niedergang der Socialdemokratie, aber die unerbittlichen Wahlergebnisse stoßen sie jedes Mal um. Sie mögen nur diese Hoffnung fahren lassen. Der Capitalismus mit seinem Gefolge von Massenelend im Verein mit den Bedrückungs- und Ausbeutungsversuchen von Seiten der Behörden und der Unternehmungsklassen sind so vorzügliche Agitatoren für die Socialdemokratie, sie pflanzen den Arbeitern so nachdrücklich das Klassenbewußtsein ein, daß auch für die Zukunft der Fortschritt der Socialdemokratie unaufhaltsam sein wird.

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Vom cubanischen Kriegsschauplatz sind die Nachrichten überaus dürftig. Die amerikanische Regierung hatte am Montag noch keine Nachricht von der Landung Spencers, ist jedoch überzeugt, daß er bereits am Bestimmungsort eingetroffen ist. Die Wahl des Platzes und die Zeit der Landung ist vollständig dem Urtheil Spencers überlassen. Die Regierung weiß sehr wohl, daß Havana über Batabano mit Lebensmitteln versehen wird. Da die Gewässer bei Batabano der Urtiefe wegen schwer abspatrouilliren sind, sollen, sobald Santiago und die Flotte Cerveras genommen sind, eine Anzahl kleiner Fahrzeuge von der Flotte Sampsons abkommandirt werden, um diese Quelle für die Versorgung Havannas zu verstopfen. Ein in hervorragender Stellung befindlicher Einwohner von Havana, welcher diese Stadt am 5. Juni verlassen hat, erklärt nach einer Meldung aus Havanna, die Blockade sei völlig unwirksam. Havana sei in vollständiger Offenheit, da durch die Eisenbahn-Verbindung mit Batabano ein beständiger Verkehr mit Jela de Pinar und Pinar anfrecht erhalten wird. Dampfer und Segelschiffe landen fortgesetzt ganze Schiffsladungen. Die Versorgung Batabanos mit Vieh geht ungehindert von Station. Nach einer Depesche von Bord des Pres-Idolo vor Santiago hat Garcia am Sonntag an Bord des Admiralschiffes mit Sampson über die Einschließung von Santiago Verhandlungen gepflogen. Garcia erklärte, daß 4000 Aufständische weniger als 40 Meilen von der Stadt entfernt seien und 3000 sich in Holguin befänden. Man wisse jetzt, daß die „Marrinac“ den Eingang in den Hafen nicht mehr. Fahrzeuge könnten passieren, ohne das Brack zu berühren. Goleons Selbstthat hat also ihren Zweck erreicht.

Die Aufständischen griffen am Montag Herradura an, wurden jedoch, wie die Spanier melden, unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Ein Attentat gegen General Blanco, den Gouverneur von Cuba, ist der cubanischen Junta in Washington aus Havana gemeldet worden. Mariano Salva, ein junger Freiwilliger, gab einen Gemeinruf an Blanco ab, als dieser am Montag Nachmittag das Palais verließ und verlegte ihn am linken Bein. Salva wurde verhaftet. Blanco befiehlt einen Kriegsrath und richtete einen Appell an den Patriotismus der Freiwilligen.

Auf den Philippinen muß sich das Schicksal der Spanier binnen Kurzem vollenden. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Hongkong von gestern, die Siegeserfolge der Amerikanischen auf den Philippinen dauern ununterbrochen fort. Die Zahl der gefangenen Spanier werde auf 5000 angegeben. Nach japanischerseits aus jetzt die hoffnungslose Lage der Spanier mannwunden angegeben werden. Nach einer amerikanischen Depesche aus Manila ist dort die Lage noch etwas gemildert; wenn Angelnin gewonnen wird, sich in die Einzelverhandlung einzulassen, so wird jede Verbindung für ihn völlig aufhören.

Die innerpolitische Lage Spaniens wird immer kritischer. Es kann daher kaum etwas Ueberraschendes in einer Meldung des „Reinischen Bureaus“ aus Gibraltar vom Dienstag liegen, die dahin lautet, daß die spanische Regierung die Abreise der Königin-Regentin angekündigt hat. Die spanische Regierung hat die Königin-Regentin Maria Christina von Spanien überhört. Begreiflich wäre ein solcher Entschluß freilich Kognat der Lage in Spanien.

Der spanische Ministerrath befaßte sich am Montag mit wichtigen Friedensverhandlungen, die sich in den Vereinigten Staaten und bei gewissen Persönlichkeiten in Spanien bemerkbar machen. Die Blätter sagen jedoch wenig, daß das Land nicht einseitig solche Verhandlungen, bei denen nur der eine Theil Vortheile hat, zulassen, weil nur ein Friede möglich ist, der sowohl dem Land als Spanien seine Colonien erhält.

Der weiße Schrecken in Italien.

Im Centralisierungsproceß des kaiserlichen Kriegsgesetzes haben die Befürworter des Kriegsgesetzes, der Polizei-

director und seine Gehilfen, über Republikaner, Socialisten und Anarchisten eine haarsträubende Unwissenheit. Einmal sollen sich diese Parteien wüthend bekämpfen, dann sollen sie wieder die besten Freunde sein. Die Anarchisten sollen Organisationen gegründet haben, aber keine Führer anerkennen. Das Endziel der drei Parteien soll ewigwährender Umsturz der bestehenden Verhältnisse sein. Von der weltbewegenden Idee des Socialismus haben die Hüter der Ordnung keine Ahnung. Sogar die 96er Märzdemonstration nach Abba Carima wird allein auf Rechnung der drei Parteien gesetzt, während allbekannt ist, daß damals alle Parteien Cisi und seine Africapolitik in einem Aufschrei des Schmerzes über die Niedermetzelung von 8000 blühenden Menschenleben verurtheilten. Die Polizeisten stützen sich auf Aussagen von Ehrenmännern, vulgo Epigonen, die nicht genannt sein wollen. Als einem Zeugen der Name eines solchen enthielt, stellte sich heraus, daß es sich um ein vielfach abgefrachtetes Individuum handelte, dessen Aufenthalt der Polizei unbekannt ist.

Der Mailänder Militärgerichtshof Nr. 2 verurtheilt zehn Burken von 17—20 Jahren, die in angetrunkenem Zustande andere Feldarbeiter, ohne Ausbreitungen zu begeben, zum Aussteigen zwangen, zu 5—8 Monaten Gefängnis. Der Arbeitgeber hatte zu Gunsten der Verurtheilten ausgelegt. Sechs Personen, die an der Plünderung eines Goldwaarenladens theilgenommen haben sollen, erhielten 38 Jahre Gefängnis und 12 Jahre polizeiliche Ueberwachung auditiert. Schloßene Gegenstände wurden bei keinem gefunden.

Der Hauptanfragepunkt gegen die socialistischen Abgeordneten, die gemeinsame Vorbereitung zu einer Revolution, zerfällt zu nichts. Der Anwalt giebt über alle vorgefundenen Documente, die als Schlußbeweise dienen sollen, Auskunft. Aber nichtsdestoweniger ist's wahrscheinlich, daß die Kammer ihre Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung dieser Abgeordneten giebt. Es handelt sich um Socialisten. Grund genug, sie der Subversion auszuliefern. Im Augenblick des Abtritts des Ministeriums Rudini demonstrierte die Kammer für den Militarismus, gerade so, als ob sie einer Militärdictatur zustimmte. Als darauf ein Ruf: „es lebe die Verfassung“ ertönte, wurde auch dieser lebhaft beklatscht; nur schade, daß die Verfassung ein beschriebenes Stück Papier und die Dictatur die Handhabung von Flinten und Kanonen darstellt.

Die Genossen De Marinis und Babalone führen in der Kammer aus, daß die traurigen ökonomischen und moralischen Verhältnisse der Nation alleinige Ursache der jüngsten Revolution waren. Die einzelnen Parteien hätten nur die existierenden Uebel aufgedeckt und rechtzeitige Abhilfe verlangt. Unlogisch und willkürlich wäre das Unterdrückungsgesetz gewesen, jedes Recht und jedes Gesetz sei mit Füßen getreten worden. Sie wurden, De Marinis besonders, mit großer Aufmerksamkeit angehört und erzielten Beifall auch von einem großen Theile der politischen Gegner.

Die Gesetzesvorläge über Aufhebung der Coalitionsfreiheit, Pressenbefreiung, Militarisierung aller Staatsbeamten, Arbeiter der Staatsverwaltungen und öffentlicher Verkehrsanstalten sind vorläufig zu den Akten gelegt.

Die erste Session des Kriegsgerichts in Mailand ist in der Verhandlung wider die Journalisten fort. Die Vernehmung der Zeugen der Anklage, darunter der Duquator und die Dirigenten der politischen Polizei, wurde beendet; sie ergab nichts Beliebiges für die Vertheiligung der Angeklagten an den Mord. Die zweite Session des Kriegsgerichts verurtheilte 16 Personen zu 2 Monaten bis zu 10 Jahren Gefängnis.

Frankreich. Die Dreyfus-Affäre kommt zum abendlichen Schluß. Der Proceß wird am 24. Juni vor dem militärischen Disciplinargericht enden, und danach bestimmt, ob der General Dreyfus und der Major, der Richter Gervais, der Senator Roux, der Oberst Gervais, der Untersuchungsrichter Verulus und der Kommandeur der „Nationalen Marine“ zu verurtheilen. In dem imminirenden Artikel war die Behauptung angebracht, daß die Sache des großen Generalstabes das Vertrauen der in unantastlicher Liebe an der Armee hängenden französischen Nation geschädigt hätten, indem sie Dreyfus als schuldig hinstellten. Und es war ferner darauf hingewiesen worden, welche ungeheure Gefahr Frankreich entgegenstehe. Die deutsche Regierung habe den Versuch zu machen, daß nicht Dreyfus, sondern Gervais der Beschuldigter werde. Wie, wenn beim Ausbruch eines Krieges der deutsche Kaiser diese Beweise verwerfen lasse? „Dann wären die Ehre dieser Armee, die zum Kampfe ausrückt, vor der ganzen Welt der Lüge überführt.“ Das würde ein „unmögliches Schicksal“ vor dem ersten Anmarsch sein.“ Und weiter: „Der Kaiser Wilhelm hat eine Ehre zu verlieren, mit der er, wenn er eine günstige Gelegenheit haben wird, den Generalstab zu befreien und für eine Generation das Vertrauen des französischen Volkes in die Armee seiner Kaiser zu zerstören.“

Reinhold werden die Verhandlungen abends die ganze Vernehmung der Zeugen und des Generalstabes „Patrioten“, denen jedes Wort der Kritik an der Armee ein „Vertrauen am Betrug“ ist, noch sagen. Daß die militärische Gerichtsbarkeit nicht ihre Pflichten treuen wird, daß man die Rechte der Beschuldigung beschneiden, den Sachverhalt handhaben, die Gesetzmäßigkeit festsetzen wird, ist jetzt unantastbar.

Zu den Stichwahlen!

Bei den Stichwahlen sollen sich die wackelnden Wähler um den Preis und verdienen sich gegen die Socialdemokratie. Die „Kriegszeitung“ fordert hier den Ruf: „Für die Sozialisten einzutreten.“ „Wir können nicht um den Preis der Stichwahlen, sondern um das Reichthum, welches das Reichthum und nicht das Reichthum, handeltelnde Wähler um den Preis enthalten. Alles hängt davon ab, ob die Socialdemokratie die Wahl zu gewinnen.“ Der Reichthum der Stichwahlen Wähler: macht sich geltend, ist die reichthumstüchtige Wähler: macht. Die Stichwahlen

des Bundes der Landwirthe tritt gleichfalls für die Unterstützung der freisinnigen Candidaten gegenüber den Socialdemokraten ein:

Mag es auch Manchem unserer Freunde außerordentlich schwer fallen, für den Freisinn einzutreten, der die nationale Wirtschaftspolitik in einer ebenso scharfen Weise bekämpft, wie die Socialdemokratie, so wird doch bei allen politischen Gegensätzen schließlich die Sache der Ordnung als das zu allererst in Frage kommende politische Moment hoch gehalten werden müssen.

In Wahlkreise Ost- und Ost-Pranken haben sich alle „Ordnungs“-parteien gegen den Socialdemokraten zusammengeschlossen und einen Aufruf zu Gunsten des Deutschfreisinnigen erlassen. Das Centrum hat in Posen beschlossene, für Eugen Richter zu stimmen. Desgleichen wird in Berlin die Centrumpartei für die deutschfreisinnigen Candidaten eintreten. In Eisenach werden die Nationalliberalen nach der „National-Zeitung“ einmüthig den freisinnigen Casselmann wählen.

In Kiel haben die ausgeschiedenen Candidaten, der nationalliberale Landgerichtsrath Groth und der conservative Socialdemokrat Graf Reventlow Erklärungen erlassen, worin sie ihre Wähler auffordern, am 24. Juni für den freisinnigen Professor Jödel zu stimmen.

Auch in Posen fordert der Vorstand des conservativen Vereins zur Unterstützung des freisinnigen Candidaten Kauffmann auf. Ebenso fordert das Centrum in Schlesien seine Anhänger auf, bei den Stichwahlen in Gdansk und Liegnitz für den Freisinn, in Glogau und Breslau-Land aber für den Conservativen zu stimmen.

In Jena dagegen, wo unser Genosse Leutert in die Stichwahl kommt, hat der freisinnige Wahlausschuß einen Aufruf zu Gunsten des socialdemokratischen Candidaten erlassen. Der Aufruf, den auch der Candidat der Freisinnigen, Dr. Harmaning, unterschrieben hat, fordert die freisinnigen Wähler eindringlich auf, Mann für Mann für Leutert zu stimmen und die Wahl eines Sammlungsplatzes zu verhindern.

Die von der Reaction ausgelegten patriotischen Leitern für freisinnige Wähler erregen natürlich auch die Aufmerksamkeit des demokratischen Stuttgarter „Beobachters“. Das Organ der deutschen (süddeutschen) Volkspartei schreibt:

„Daß die „äußerste Linke“ auf diesen Reim kriechen und einen Reactionär vom reinen Wasser einem Socialdemokraten vorziehen würde, erscheint uns ausgeschlossen. Ein König Stumm ist schlimmer für das Volk in seinen unteren und mittleren Schichten, als zwei Bollwerk. Darüber wird wohl nirgend in freisinnigen Kreisen auch nur der allgeringste Zweifel obwalten.“ Und ehe die Roterie der Ränge und Plätze mit ihren politisch reactionären Plänen und ihrer kassellischen Wirtschaftspolitik, die bis an die Grenze der Gemeingefährlichkeit geht, von einem wirklich volksthümlich fühlenden Manne unterstützt werden kann, wird man lieber der Socialdemokratie noch weitere Mandate gönnen. Und wenn sie auf sechs und mehr Sitze kommt: es ist ein gesundes Gegengewicht gegen die Junker und Agrarier von der Rechten, bei denen der Reichthum erst mit dem Großgrundbesitzer, dem Landrath oder dem Offizier anfängt und als ein Erkennungszeichen das Wörtchen „von“ vor seines Vaters Namen haben muß.“

Partei-Angelegenheiten.

Jacob Audorf †. Am 20. Juni, Nachmittags 3 Uhr, ist in Hamburg Jacob Audorf gestorben, der Dichter der Arbeitermarseillaise. Am 16. Juni ließ er sich noch, auf den Tod erkrankt, von seinen Freunden ins Wahllokal tragen, um sein Wahlrecht auszuüben. Freu der Partei, wie in seinem Leben, ist er in den Tod gegangen.

Audorfs Lebensgang ist bald erzählt. Sein Vater war Weber und hatte an den ersten communisirenden Bestrebungen der dreißiger und vierziger Jahre Theil genommen. Jacob lernte den Beruf des Mechanikers. Als solcher arbeitete er in Deutschland und ward bald ein froher Werber für die Partei der Casselleaner, bis ihn das Socialistengesetz aus der Heimath vertrieb. Audorf ging ins Innere von Rußland, wo er längere Jahre eine Fabrik zu leiten hatte. Der Fort des Absolutismus war gaffreier, als das Land der „Freunden, Freien“, dessen Bismarck damals die verhasste Socialdemokratie durch die Mittel brutaler Gewalt zerbrechen wollte. In Rußland fand Audorf auch seine Lebensgefährtin, mit der er in glücklicher, aber kinderloser Ehe lebte. Als er endlich Ende der achtziger Jahre wieder nach Hamburg zurückkehren durfte, trat er in die Redaktion des Echo ein, in der er bis zu seinem Tode verblieb. Seine Sonntagsplaudereien, die er für das „Hamburger Echo“ schrieb, werden viele Parteigenossen mit herzlichster Freude gelesen haben.

In der Erinnerung wird er aber hauptsächlich fortleben als Dichter der Arbeitermarseillaise. Wie oft ist sie gerade in den letzten Wochen zur Zeit des Wahlkampfes angestimmt worden, wie oft hat sie nicht den Kampfesmutz angefeuert. Jetzt, wo der Kampf in Ehren überstanden ist, hat sich der Dichter des Kampfliedes für immer zur Ruhe gelegt. Aber sein Lied wird immer wieder angestimmt werden, immer wieder glücken, immer wieder uns begleiten, wenn wir in den Kampf ziehen. Und mit diesem Liede wird der Name Audorfs fortleben.

(Ende der Reihe: Volständige Hebericht.)

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 22. Juni 1898.

Zur Reichstagswahl.



Candidat der Socialdemokratie für Breslau-Ost:

Franz Tutzauer,
Tischlermeister in Berlin.



Wir brauchen Hilfskräfte!

Parteigenossen und -Genossinnen. Der Ausfall der Wahl am 16. Juni im Wahlkreise Breslau-Ost ist hauptsächlich mit dem Umfange geschuldet, daß Tausende von Arbeitern nicht zur Wahl gegangen sind. Bollen wir am Freitag die vereinigte Segner überwinden, so müssen wir unsere Agitation vor Allen dahin richten, die künftigen Wähler zur Wahlurne zu bringen und zur Stimmabgabe für den socialdemokratischen Candidaten zu veranlassen. Es ist deshalb Pflicht jedes Arbeiters, jedes Genossen, bis zum Tage der Wahl seine Arbeitscollegen überall, wo sich Gelegenheit bietet, auf die Nothwendigkeit, sein Wahlrecht auszuüben, aufmerksam zu machen.

Parteigenossen und -Genossinnen! Am Freitag müssen wir ferner zu den Wahlarbeiten eine noch

größere Anzahl von Genossen zur Verfügung haben, als dies am 16. Juni der Fall war. Alle fünf Jahre einen halben oder ganzen Tag der Partei, d. h. seiner eigenen Sache, zu widmen, das ist ein Opfer, das man jedem Genossen zumuthen darf.

Parteigenossen und -Genossinnen, die Willens sind, am Stichtag, Freitag, den 24. Juni, von früh oder Nachmittags an im Wahlkreise **Breslau-Ost**

mit zu arbeiten, wollen sich früh 6 1/2 Uhr bzw. 1 1/2 Uhr Nachmittags im Wahlbureau, Neumarkt 8, einfinden.

Breslau-Land-Neumarkt thätig sein wollen, werden ersucht, Donnerstag, den 23. Juni, von 7 Uhr Abends im Locale des Herrn Krostowsky, Lohestraße 75, ihre Touren und Instruktionen entgegenzunehmen. Hierzu wollen sich hauptsächlich ältere Genossen melden. Es wird dringend ersucht, Legitimationspapiere bei sich zu führen.

Parteigenossen und -Genossinnen! Erfüllt Eure Pflicht in dem uns noch bevorstehenden Kampfe bei den Stichtagen. Groß sind die Kräfte, die gebraucht werden. Zeige sich daher Niemand lau und lässig!

Eine Wähler-Versammlung, in welcher der socialdemokratische Reichstagskandidat für Breslau-Ost, Tischlermeister Franz Tugauer, Berlin über die bevorstehende Stichtagswahl sprechen wird, findet heute Abend in Krostowsky's Local, Lohestraße 75 statt.

Donnerstag, Abends 8 Uhr referiert Genosse Tugauer über dasselbe Thema im Saale der Hallmannschen Brauerei.

Parteigenossen! Sorgt dafür, daß diese Versammlungen glänzend besucht werden.

Das Wahlbureau der socialdemokratischen Partei befindet sich im Vereinszimmer in Eblischs Brauerei „Zu den drei Tauben“, Neumarkt 8 und Ziegengasse 1, und ist täglich geöffnet von **Vormittags 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags von 8 bis 2 Uhr Nachmittags. Unentgeltliche Auskunft in allen Reichstagswahlangelegenheiten.**

Briefe u. an den Vorsitzenden Paul Heppner. Gelder nur an den Kassirer Gustav Tize, daselbst.

Parteigenössliche Nachfahrer werden dringend ersucht, sich für den Stichtag zur Verfügung zu stellen und zu diesem Zweck Donnerstag Abends von 7 Uhr an im Locale des Herrn Krostowsky, Lohestraße 75, zu erscheinen.

Achtung Parteigenossen! Von konservativer Seite wird auf Donnerstag Abend eine Wähler-Versammlung nach dem Saale des Friebeberg-Restaurant berufen und sind dazu alle Wähler eingeladen. Wir fordern nun unsere Wähler auf, trotz jener Einladung der Versammlung streng fern zu bleiben. Eine Discussion giebt es natürlich in der Versammlung nicht, die etwa erscheinenden Socialdemokraten werden die unerhörten Beschimpfungen der Socialdemokratie durch konservative Redner — Herr Pastor Günther ist einer der Redner des Abends! — hinnehmen und sich dann schweigend trollen müssen! Eine solche Rolle aber ist unserer unwürdig und deshalb wird jeder gute Socialdemokrat die seinen Herren hübsch allein lassen. Plaz wird im großen Friebeberg-Saale gewiß genug sein, wenn die Socialdemokraten verständig genug sind, dieser konservativen Veranstaltung fern zu bleiben.

Zur Stichtwahl in Breslau-Ost. Die Conservativen machen verzweifelte Anstrengungen, um im zweiten Wahlgange den Sieg an sich zu reißen. Sie sehen auch schon im Geiste ihren Candidaten im Besitze des Mandats. Vorgestern Abend fand im Café-Restaurant eine Versammlung statt. Die „Schles. Ztg.“ verspricht sich von dieser Versammlung Wunderdinge. Das Blatt schreibt nämlich: „Anfänglich einer solchen Versammlung kann die Hoffnung nicht von der Hand gewiesen werden, daß es bei der Stichtwahl am 24. d. M. gelingen wird, Herrn Felsch zum Siege zu führen.“

Unsere Parteigenossen ersuchen wir dringend, die kurze Zeit, die uns noch vom Stichtage trennt, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen. Wir dürfen durchaus nicht die Hände in den Schoos legen und müßig zusehen, wie die Gegner die Wahlmaschine einölen und in Gang setzen. Rechnen wir mit der Thatsache, daß den vereinigten Reactionären reichliche Hilfsmittel zur Verfügung stehen, um aus der großen Zahl der Wähler, die am 16. Juni an der Abstimmung nicht theilgenommen haben, eine beträchtliche Anzahl Stimmen für ihren Candidaten herauszuholen. Diese Art der Agitation muß diesmal auch von uns bis zum Neuesten betrieben werden, denn nur dann können wir zuversichtlich dem Ausgange des Kampfes entgegen sehen. Thue daher jeder Einzelne von uns was in seinen Kräften steht.

Zur Wahl des Sammelcandidaten Felsch wird zum Theil in recht eigenartiger Weise agitiert. Wie man uns mittheilt, sind die Arbeiter auf einem Neubau seitens des Baumeisters wiederholt gefragt worden, ob sie am Freitag für Felsch stimmen werden. Da der gewünschte Bescheid ausblieb, wurde ein Theil der Arbeiter in die Baubude gerufen, wo sie sich zur Stimmabgabe für Herrn Felsch schriftlich verpflichteten. Selbstverständlich sind diese Arbeiter dadurch nicht im Mindesten verpflichtet, thatsächlich dem konservativen Baumeister ihre Stimme zu geben.

Eine Wählerversammlung, die sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches erfreute, fand gestern Abend im Saale der Hallmannschen Brauerei statt. Der allerdings nicht sehr große Versammlungsraum wurde lange vor Beginn der Versammlung derart besetzt, daß Hunderte keinen Sitz finden konnten. Der Referent, Candidat für Breslau-Ost, Tischlermeister Franz Tugauer, Berlin, wies in seiner mit

stürmischem Beifall aufgenommenen Rede zunächst darauf hin, daß es in Breslau leider am 16. Juni nicht gelungen ist, denselben glänzenden Sieg wie im Jahre 1893 zu erringen. Die Gegner, so fährt Redner weiter aus, jubilierten. Wir haben nach ihrer Ansicht eine Niederlage erlitten, da wir uns einer Stichtagswahl unterziehen mußten. Das sagen dieselben Leute, die am 16. Juni eine weit größere Niederlage erlitten. Gerade von den Conservativen kann gesagt werden, daß sie eine große Niederlage erlitten haben, denn sie waren es ja, die gar laut zur Sammelwahl geblasen haben. Unsere Erfolge bei der Hauptwahl sind im Gegentheil ganz bedeutend. Die Zahl der bereits gewählten Abgeordneten beträgt 32, die der Stichtagswähler, an denen Socialdemokraten theilgenommen haben, 101. Das sind Zahlen, die bisher bei keiner Wahl erreicht wurden. Freilich, muß das deutsche Volk jetzt vor Allem bei den Stichtagswahlen seine Pflicht thun. Geschieht dies nicht, dann ist es doch noch möglich, daß die Wünsche der Prototypen und Deutepolitiker in Erfüllung gehen, denn unter den Nationalliberalen und dem Centrum steht so Mancher von jener Sorte, die für eine weitere Belastung des Volkes zu haben sind. So könnte es dann auch vielleicht kommen, daß Breslau-Ost im Reichstage durch einen verkappten Agrarier vertreten ist.

Genosse Tugauer bespricht darauf ein conservatives Flugblatt. Man glaubt, so benützt Redner, Herrn Baumeister Felsch besonders empfehlen zu können, wenn man sagt, daß er Mitglied des Reichstagsveränderungsamts ist. Nun, wir können mit einer ganzen Anzahl Arbeiter aufwarten, die auch als Mitglieder des Reichstagsveränderungsamts fungieren. Man sagt ferner, Herr Felsch besäße das Vertrauen vieler Handwerker. Wir sind allerdings keine Innungsschwärmer und verlangen nicht die Einführung des Befähigungsnachweises. Wir geben aber der Wahrheit die Ehre und erklären den Handwerkern, daß der Niedergang ihres Berufes und ihre Verarmung durch kein Privileg aufzuhalten ist, wie sagen ihnen, daß nur die Beseitigung der privatcapitalistischen Produktionsweise auch ihr Heil bedeutet. Viel Aufhebens ist in dem Flugblatte auch von der Freizügigkeit gemacht. Wir sind gewiß Freunde derselben und treten dafür ein, daß dem Arbeiter das Recht nicht geraubt werde, selbst zu bestimmen, wo er hungert und wohnet. Denn viel mehr bedeutet ja das Recht der Freizügigkeit nicht. Die Conservativen dagegen sind aber gar nicht so große Freunde der Freizügigkeit. Das haben sie oft genug zu erkennen gegeben im Reichstage, in ihrer Presse, in Versammlungen u. s. w. Die „wohlwollenden“ Camorristen fordern z. B. in der unferiorensten Weise eine Einschränkung der Freizügigkeit. Sie wollen den Landarbeiter an die Scholle fesseln, um ihn beliebig ausbeuten zu können. Und wenn auch von unserer Seite eine Verbilligung der Eisenbahntarife gefordert wurde, dann waren es die Conservativen, die hiervon nichts wissen wollten, weil sie fürchten, daß dann die Landarbeiter in noch größerer Anzahl ihren „Votanten“ den Rücken kehren würden. Es ist deshalb eitel Klunker, wenn Herr Felsch als ein Candidat empfohlen wird, der für die Freizügigkeit eintreten wird. Am Flugblatt ist ferner ein Ausruf zu lesen: „In den nächsten Wahlen wird Herr Felsch als ein Candidat empfohlen werden.“ Man erwartet von ihnen, daß sie als Bürger des deutschen Reiches mit den Conservativen, Nationalliberalen und dem Centrum die Socialdemokratie bekämpfen werden. Der Stimmendelict geht also los. Erst waren die Freizügigen schlechter als die vaterlandslosen Socialdemokraten und jetzt kommen die Conservativen in ihrer Tölpelhaftigkeit und buhlen um die Gunst der Freizügigen. — Mögen die Freizügigen nun thun, was sie wollen. Von Seiten des socialdemokratischen Wahlbureaus ist nichts geschehen, um die Freizügigen zu veranlassen, für uns bei der Stichtagswahl einzutreten und es hat darin gut getan. Wir sind auf die Freizügigen nicht angewiesen. Aber wenn die Freizügigen noch einen Funken politischen Ehrgeizes besitzen, dann dürfen sie unter keinen Umständen für einen verkappten Agrarier stimmen. Wenn sie nicht für uns stimmen können, dann mögen sie wenigstens fern bleiben von der Partei, die sie im Wahlkampfe am meisten bekämpfen.

In einem anderen für Herrn Felsch verbreiteten Flugblatte wird, wie Redner ferner anführt, gesagt, es sollen solche Männer in den Reichstag gewählt werden, die weder bloße Ja-sager, noch bloße Nein-sager sind und auf dem Boden der Versöhnung stehen. Nun, welche Partei steht wohl mehr auf dem Boden der Versöhnung? Waren es nicht die Conservativen, die an der Verfassung rüttelten, als sie z. B. mit ihren Cartellbrüdern die fünfjährige Legislaturperiode einführen. Aber war es denn, der zur gewaltsamen Beseitigung des Reichstagswahlrechtes aufforderte? Die Parteigenossen des Herrn Felsch, Graf Wittich u. s. w. Aber war es denn, der z. B. den Antrag auf zweijährige Staatsfestsetzungen stellte und damit dem Reichstage eines seiner wichtigsten Rechte rauben wollte? Es waren die Conservativen! Wir fordern nicht nur, daß dem Reichstage das Recht der jährlichen Staatsfestsetzung erhalten bleibt, sondern verlangen auch zweijährige Legislaturperiode. Der Reichstag soll alle zwei Jahre neu gewählt werden, dann würde das Volk nicht so einfallen. Aber freilich, man will ja, daß das Volk vom öffentlichen und politischen Leben abgelenkt wird und darum die fünfjährige Legislaturperiode.

Es wird uns vorgeworfen, daß wir im Reichstage nichts leisteten. Woran liegt dies aber. Das kommt daher, daß die meisten unserer Anträge nicht angenommen wurden. Wir haben durch unsere Anträge gezeigt, daß wir die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, auch der Beamten in entscheidender Weise vertreten, während gerade die Conservativen nur für Offizierspensionen und dergleichen zu haben sind. Seitens der Socialdemokraten Reichstagsabgeordneten sind z. B. alljährlich die Wünsche in der Postverwaltung reichhaltig besprochen und Gehaltsaufbesserungen, Erholungsurlaub und volles Beurlaubungsrecht für die Unterbeamten gefordert worden. Herr Felsch sagt auch, er ist ein Freund des allgemeinen Wahlrechtes. Glaubt denn Herr Felsch wirklich, daß man ihn nicht aus seiner Partei hinauswerfen würde, wenn er sich erlaube, gegen einen Antrag auf Verkleinerung des Reichstagswahlrechtes zu stimmen? Es würde ihm gewiß so gehen, wie z. B. dem Prinzen Carolath, der da hinauslag aus der conservativen Partei, weil er gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes stimmte.

Die Socialdemokraten haben, so wird in einem conservativen Wahlflugblatte gesagt, im Reichstage gegen die Arbeiter sehr ungünstig gestimmt. Das ist richtig, jedoch aber nicht deswegen, weil diese sogenannten Arbeiterjugendliche von so großem Nutzen für die Arbeiter sind, sondern weil sie zu wenig Arbeiterjugendliche waren und die Verbesserungsanträge der Socialdemokraten abgelehnt wurden. Und wenn haben wir denn das Bischen Socialreform im deutschen Reich zu verdanken. Nun, Bis marck bekannte einst:

Wenn es keine Socialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchteten, würden die wüthigen Fortschritte, die wir in der Socialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.

Vertreter der conservativen, nationalliberalen und der Centrumpartei haben sich zusammengeschlossen, um die Wahl des Herrn Felsch in Breslau-Ost durchzuführen, unsere Gegner machen verzweifelte Anstrengungen. Wir glauben aber nicht, daß ihnen dies gelingen wird. Nur einmal, im Jahre 1897, gelang es dem Cartellcandidaten, Herrn v. Seipenitz, als Vertreter von Breslau-Ost in den Reichstag einzuziehen. Im Jahre 1890 eroberten die Socialdemokraten dem Reich wieder zurück und die Wähler werden hoffentlich dafür sorgen, daß Breslau-Ost am Freitag an die Conservativen nicht verloren geht, sondern sie werden der Socialdemokratie in Breslau zu einem vollen und glänzenden Siege verhelfen. (Stürmischer Beifall.)

In der Discussion versuchte ein Conservativer, Herr Bar, die Ausführungen des Genossen in einigen Punkten abzuwürgen, was ihm natürlich nicht gelang. Herr Bar, dessen Ausführungen von der Versammlung mit großer Ruhe angehört und dann vom Genossen Tugauer in glänzender Weise unter stürmischem Beifall widerlegt wurden, sprach auch sehr Bedauern darüber aus, daß sich in conservativen Wählerversammlungen keine Socialdemokraten zum Reden meldeten. Es wurde ihm hierauf erwidert, daß die Socialdemokraten einmal durchaus keine Lust haben, conser-

vative Wählerversammlungen, die meist sehr schlecht besucht sind, zu füllen und interessant zu machen, im Uebrigen aber schon deswegen von dem Besuch derselben absehen, weil sie gar nicht eingeladen sind. Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Tugauer schloß die interessante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Socialdemokratie, dem Hochrufe auf unseren Candidaten für Breslau-Ost folgten.

Wahlresultate aus der Provinz Schlesien.
Breslau-Greifswald. Justizrath Mündel (fr. Sp.) 6584. Schönbaich-Carolath 6084, Stolze (Soz.) 3386, Dr. Porck (Centr.) 1078, gesplittet 6 Stimmen. Stichtagswahl zwischen Mündel und Prinz Schönbaich-Carolath.

Elben-Bunzlau. Geh. Justizrath Schmieder (fr. Sp.) 7899, Graf v. d. Rede (Conf.) 5764, Tischlermeister Stolpe (Soz.) 2775, Dr. Porck (Centr.) 559. Stichtagswahl zwischen Schmieder und v. d. Rede.

Geis-Wartenberg. Das amtliche Wahlergebnis stellt fest, daß v. Kardoff nur mit 2 Stimmen Mehrheit gewählt worden ist. Die Wahl wird jedenfalls angefochten werden.

Glück-Habelland. Es erhielten: Hartmann (Centr.) 9780, Rahn (Soz.) 982, Fürst Bismarck 107, Graf Hindenstein 29, auf 20 Candidaten gesplittet 43, zusammen 10,941 Stimmen.

Supraw-Steinaw-Wohla. Das Gesamtresultat beträgt nach amtlicher Zählung: Graf Carmer (Soz.) 8274, Reichsanwalt Pohl (fr. Sp.) 5680, Justizrath Dr. Porck (Centr.) 1924, Giesmann (Soz.) 408, gesplittet 18, zusammen 16,302 Stimmen.

Landau-Wollig. Es erhielten: Keller (Soz.) 11,780, Stadtrath Aders (fr. Sp.) 11,424, Stadtrath Schlabig (Sp.) 9425, Dr. Porck (Centr.) 930, gesplittet 18, ungültig 59.

Rosenburg-Hoyerswerda. Graf Arnim auf Rausau (Sp.) ist gewählt.

Kreuzburg-Rosenberg. Bisher liegen Meldungen vor aus Stadt Kreuzburg: Herzog von Ujest (Conf.) 521, Rittergutsbesitzer von Wittich-Woffron (Bd. d. Bdm.) 53, Siebermann von Sonnenberg (Bismarck) 22, Professor Dr. Birchow (fr. Sp.) 14, Argiminedi (Soz.) 20. — Constat: Herzog von Ujest 69, von Wittich 85, Siebermann v. Sonnenberg 9, Argiminedi 11. — Pilschen: Herzog von Ujest 73, von Wittich 112, Argiminedi 11. — Rosenberg: Herzog von Ujest 289, Birchow 1.

Pleß-Rybnitz. Rechtsanwalt Jallin (Soz.) ist, wie „Volksf.“ Telegr.-Bureau“ mittheilt, gewählt. — In Stadt Pleß erhielten: Herzog von Ratibor (Conf.) 201, Jallin (Soz.) 136, Wronowski (Soz.) 10.

Oppeln. Samula (poln. Str.) 6440, Wolny (fr. Sp.) 6229, Nieder 251, gesplittet 25, ungültig 90 Stimmen. Stichtagswahl zwischen Samula und Wolny.

Subinitz-Tschelchewitz. Graf Ballestrem (Soz.) 14,600, Dr. Winter (Soz.) 2366, Justiz (fr. Sp.) 889, Dombel 40, gesplittet 22, ungültig 30. Graf Ballestrem gewählt.

Wobisch. Klose (Soz.) 6331, Hirschmeier (Soz.) 233, Bischoff 157, Proste 69, gesplittet 16 Stimmen. Klose gewählt.

Waldau. Frank (Soz.) 9627, Doms (Cartell) 4540, Bebel (Soz.) 1743, gesplittet 13, ungültig 15 Stimmen. Frank gewählt.

Neustadt Os. Stragoda (Soz.) 7441, Schaafhor (Conf.) 933, Schüh (Soz.) 1147, gesplittet 43, ungültig 23 Stimmen. Stragoda gewählt.

Netze. Horn (Soz.) 9398, Beher (Bd. d. Bdm.) 2241, Dietrich (Cartell) 729, Bebel (Soz.) 794, gesplittet 20 Stimmen. Horn gewählt.

Das Centrum als Stütze der Conservativen. Justizrath Dr. Porck hat der „Schl. Volksz.“ zufolge dem Wahlschuss der „national gesinnten Wähler Breslaus“ gestern Abend nachstehende offizielle Erklärung zugehen lassen:

„Das Wahlkreiscomité der Centrumpartei beschloß einstimmig, die Anhänger dieser Partei aufzufordern, für Felsch einzutreten und mit allen Kräften für dessen Wahl zu wirken.“

Das thut eine Partei, die in ihrem Wahrspruch auch das Wort „Freiheit“ stehen hat. Wir haben uns zwar von der Freiheit, die das Centrum meint, niemals gar zu ideale Vorstellungen gemacht, daß es aber genau dieselbe Nummer ist, die von den Conservativen gesponnen wird, das ist bisher von den Centrumsführern immer noch bestritten worden. Daß sich alle Wähler, die am 16. Juni für Herrn Decipia gestimmt haben, in diesem, von Herrn Dr. Porck mit dem conservativen Wahlverein gesponnenen Netze fangen werden, ist natürlich ausgeschlossen. Unter den Breslauer Centrumswählern giebt es eine ganze Anzahl, die in Herrn Felsch nicht den Mann erblicken, der ihre Interessen zu vertreten Willens ist. Für Justizrath Dr. Porck und seine Standesgenossen mag ja Herr Felsch der geeignete Streiter im Parlament sein, die große Masse der kleinen Handwerker, Geschäftleute, Beamten und Arbeiter aber werden sich nicht so leichtsinnig für diesen Sammelcandidaten entscheiden können. Wählermassen sind keine Schafherden, die man beliebig hin- und herjagen kann, das ist durch die Stichtagswahl in demselben Wahlkreise im Jahre 1890 genügend dargethan worden.

* Die **Oswitzer Unterführung** durch den Damm der Reichen Ober-Elfensteinbahn ist gestern plötzlich durch Brechen der Stütze gestoppt worden, ohne irgend eine vorhergehende Benachrichtigung. Der gesamte Verkehr muß während der Zeit der Sperrung seinen Weg durch die Treiburger Unterführung nehmen. Wir hören privatim, es schreibt die „Bresl. Ztg.“, denn eine amtliche Benachrichtigung der gestern um zwölf Uhr erfolgten totalen Sperrung ist bisher nicht erfolgt, daß die Sperrung vier Tage dauern wird. In dieser Zeit werden die Geleise des Oberbaues zerlegt und die alten Pfeiler der Unterführung zur Erweiterung abgebrochen werden.

* Im **Schneidiger Park** wurden in der Nacht zum 19. d. M. mehrere Bänke aus dem Boden gerissen, die Eisenstiele demoliert und die Sitzbretter in den Tisch geworfen.

* **Obdachloses Kind.** In der Nacht zum 21. d. Mts. wurde auf der Treiburgerstraße ein 8 Jahre alter Knabe obdachlos angetroffen und in das Armenhaus gebracht.

* **Pilschener Tod.** In der Nacht zum 21. d. Mts. brach auf der Tarnowstraße ein Dachbinder ansetzend in Folge eines Herzkisses tödtlich zusammen.

* **Recognooscierung.** Der am 18. d. Mts. in Folge eines Sturzes auf der Schneidigerstraße verlorne Mann ist als der Kanjalegiste Max Dieblich recognooscirt worden.

* **Selbstmord.** Der Ganganzenanführer Carl Sch. hat sich in seiner Beamtenwohnung im Gefängnis an der Reichsauerstraße mit einem Gendarmen selbst den Tod gegeben.

* Als ein Beitrag gegen Verdruss ist es nach einem Erkenntnis des Straßensatzes des Kammergerichts anzusehen, wenn jemand vermuthet einer abgelaufenen und daher nicht mehr gültigen Bahnsteigkarte sich den Zutritt zum Bahnhof zu verschaffen sucht.

* **Nachfahren.** Montag Nachmittags geriet ein fünf Jahre alter Knabe auf der Brodamerstraße unter einen mit Granatgeschossen beladenen Wagen und wurde überfahren, wobei er einen Oberschenkelbruch erlitt. Der Knabe wurde in der Krankenhaus-

Belastungen untergebracht. — An demselben Tage wurde auf der Delbierstraße ein sieben Jahre alter Knabe durch einen Radfahrer zu Boden gerissen. Der Knabe, der eine Wunde am Hinterkopfe davon getragen hatte, wurde zur Anlegung eines Verbandes in das Augusta-Hospital gebracht.

Gelesen wurden: eine Cigarettenschale, ein Thermometer, ein Paar Hosentaster, ein Drahtschloß, ein Herren-Schraubenschlüssel, eine Gravate, ein evangelisches Gesangbuch, ein Paket Bismarckkarten und ein Regenschirm. — Abhandeln kamen: ein Portemonnaie mit 18 Mark Inhalt, eine schwarzgegrünte Damenmütze und ein goldener Siegelring.

* Wer trägt die Schuld? In Biegnitz ist es am Sonnabend Abend zwischen 9 und 10 Uhr am Wildbauer Böwischen Grundstück in der Breslauerstraße zu argen Ausschreitungen gekommen. Das „Biegnitzer Tageblatt“ berichtet darüber wie folgt:

Das Böwische Dienstmädchen hatte irgend eines Vergehens wegen eine Züchtigung erfahren; auf ihr Geschrei sammelte sich vor dem Hause bald eine Menschenmenge an, welche für das Mädchen Partei nahm. Der Anlauf wurde immer drohender und schließlich begann die erregte Menge das Böwische Haus, speziell die Wohnung desselben mit Steinen zu bombardieren, so daß bald die Fenstergehänge zu klirren begannen. Jetzt kam die Polizei, welche in kaum einer Viertelstunde in voller Stärke anrückte und den Anlauf rasch beendete. Seitern Sonntag mußte die Polizei abermals requiriert werden, denn es war bereits gegen 9 Uhr wieder eine Menschenmenge in drohender Haltung vor dem Grundstück erschienen. Nach Zerstörung desselben ließ die Polizei einen Posten zurück, welcher bis in die Nacht dort stehen blieb. Der angerichtete Schaden ist ein beträchtlicher. Die Gezeichneten haben auch die große Schaulust der Menge ansehend mit einem Diamant geschnitten.

Am Montag Abend haben sich die Ausschreitungen wiederholt, worüber folgender Bericht vorliegt:

Mit Einbruch der Dunkelheit sammelte sich um das Böwische Haus eine Lust an Kopf dicht gedrängte Menschenmenge, dann begab es plötzlich lautstimmig Schreie und Schreie gegen das Haus, daß die Fenster in Scherben gingen und die Türen knarsten. Die Polizei war dem zwei Stunden lang währenden Tumult gegenüber absolut machtlos, die persönlichen Bemühungen des Oberbürgermeisters Dettl. Ruhe zu schaffen, wurden mit ohrenzerreißendem Lärm beantwortet. So daß gegen 11 Uhr Polizei requiriert werden mußte. Eine Compagnie Gendarmen rückte die volle Straßenbreite einnehmend unter Trommelschlag mit auf-

geplantem Bajonet vom Breslauer Platz aus im Sturmsturm in die Breslauerstraße ein, vom Pöbel mit wildem Geschrei empfangen. Als man der Aufforderung des Commandeurs aus- einander zu gehen nicht nachkam, gingen Polizei und Militär mit blanker Waffe vor, wobei es eine Anzahl mehr oder minder schwerer Verletzungen abgab. Auch feuerte das Militär, das scharfe Patronen gefaßt hatte, blinde Schreihölle ab. Sechs Verhaftungen wurden vorgenommen. Eine zweite Compagnie folgte dem Aufbruch der angrenzenden Straßen der ersten bald nach und zwei weitere wurden in der Kaserne in Bereitschaft gehalten. Gegen 12 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt und eine Stunde später kehrte das Militär in seine Kasernen zurück.

Die Polizei erläßt in den Blättern eindringliche Warnungen vor weiteren Ausschreitungen und weist auf die schweren Strafen des Landfriedensbruches hin. Gleichzeitig ist jede Menschenansammlung, sowie jedes Stehenbleiben in der Breslauerstraße bis auf Weiteres verboten worden.

Die Biegnitzer Blätter haben sich bereit, die in der amtlichen Bekanntmachung angezogenen Paragraphen des Strafgesetzbuches abzubilden, offenbar von der Voraussetzung ausgehend, daß die Tumultuanten die Bestimmungen nicht gekannt haben. Damit haben die Blätter auch das Richtige getroffen.

Denn nur der heillosen Gesetzesunkenntnis des Volkes ist es zuzuschreiben, daß solche beklagenswerte Vorgänge sich abspielen können. Wo und wann wird denn auch heute der Staatsbürger in der Gesetzeskunde unterrichtet? In der Schule hat man dafür keinen Raum und den Arbeitern, die in Vereinen sich darüber unterrichten wollen, treibt man die Locale ab und zwingt sie mit der Hungerpeitsche den Organisationen fernzubleiben. Wir wiederholen, was wir bereits gestern über die Wahlmutter in Grünberg und Bogutisch geschrieben haben: Die Schuld an solchen Vorgängen trifft diejenigen, die mit allen Mitteln den Arbeiterorganisationen entgegenarbeiten.

Die „Schl. Ztg.“ und die „Schl. Volksztg.“ beklagen die Rührigkeit, die Vorgänge in Biegnitz auf die socialdemokratische Wahltagung zurückzuführen. Die von den beiden Blättern gegen die Socialdemokratie betriebene Hege ist um so offenkundiger, als in der Biegnitzer Presse, die eingehend über die

bedauerlichen Vorgänge berichtet hat, auch nicht ein Wort davon enthalten ist, was eine derartige Annahme rechtfertigt. Aber man braucht noch Trümpe gegen die Socialdemokratie bei den Stichwahlen und da heißt eben der Zweck die Mittel.

Neueste Nachrichten.

Meißen, 21. Juni. Das amtliche Wahlergebnis stellt die Wahl unseres Genossen Goldstein fest. Die Zahl der gewählten Socialdemokraten beträgt demnach 33.

Hamburg, 22. Juni. Eine Versammlung der Bader- und Conblazegehilfen von Hamburg, Altona und Wandsbeck beschloß, heute früh einen Streik zu beginnen.

Leipzig, 22. Juni. Die antisemitischen Tumulte haben nunmehr auch den Sanoler Bezirk ergriffen. Man fand in Sanol auf der Eisenbahnrampe folgende Aufschriften: „Guzra! gegen die Juden! Beginn 8 Uhr. Bisat Biemid!“ Letzterer ist Reichstagskandidat der Sozialdemokratischen Partei. In Jagera, wo in der vergangenen Nacht größere Ausschreitungen stattfanden, kam in Folge mangelhafter Nachrichten dienstbesitzendes Militär erst am Morgen an, so daß inzwischen alle Häuser der Juden zerstört und geplündert wurden.

Chiasso, 21. Juni. Bei Brindisi umgingelte das Militär die Felder und verhaftete 79 Landleute, welche sich gewaltsam der Ernte bemächtigen wollten. Die Regierung trifft nach der „Corr. della Sera“ umfassende Vorbereitungen für den Schutz der Erntearbeiten. In der Po-Niederung gingen von Padua Truppen- sendungen nach Treviso und Novigo an. Hausdurchsuchungen bei den Klerikalen in Montecchi (Lombardien) führten zur Verhaftung des Erzprieesters Mariani.

Mailand, den 21. Juni. In dem Prozeß vor dem Militärgericht gegen 24 wegen der Aufständischen im Mai verhafteter Personen, zog der Auditor die Anträge gegen 17 ehemaligen Deputierten Javari zurück, ebenso diejenigen eines zweiten Angeklagten. Er beantragte zwölf Jahre Gefängnis für den Director der „Italia del Popolo“, 7 Jahre Gefängnis für den Director des „Secolo“ Romussi, 5 Jahre Gefängnis für den Director des „Asteratore Statistico“ Don Albertario und 2 Jahre Gefängnis für Frau Mulicicoff, für die übrigen Angeklagten Strafen zwischen 8 Jahren und 1 Jahre Gefängnis.

Petersburg, 21. Juni. In den großen Fabriken in Sabinia in der Nähe von Petersburg ist ein Streik ausgebrochen. 700 Arbeiter wurden wegen Beteiligung an der socialdemokratischen Bewegung verhaftet.

Wähler-Versammlung

Donnerstag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr,

in Hallmann's Brauerei, Löschstr. 15—17a.

Referent: Tischlermeister **Franz Tutzauer-Berlin**,

Entrée 10 Pfg.

Candidat für Breslau-Ost.

Frauen sind eingeladen!

Das socialdemokratische Wahlcomité.

Ohne Concurrenten!

Amerikanische Schnellsohlerei

1. Schuhwaren-Lager

O. Mandowsky

früher Schmiedebrücke 9

besonder sich jetzt

73 Nicolaitraße 73

2tes Viertel links vom Ring.

D. R. G. H.

No. 81719.

Patent für Frankreich

No. 270 823.

Albrechtsstrasse No. 3

eröffnete die 3. Verkaufsstelle

Rudolph Balhorn,

Seifenfabrik und Parfümerie, 3560

III. Albrechtsstrasse No. 3.

Zähne 1 Mark

eröffnete die 3. Verkaufsstelle

W. Krasse, lang. Girschtstr.

Breslauer Export-Weissbier-Brauerei

Emil Kammer

Breslau

Versand in Gebinden und Flaschen.

In Breslau 3549

frei Haus!

Breslau

33 Lohe-Strasse 33.

Fahrrad-Handlung

Reparatur-Werkstatt

Gründlicher Fahrradunterricht Mk. 6.00

für Radfahrer gratis

Größtes Lager von Fahrrad-Zubehörteilen.

— Emailierung —

Verückelung, Gummi-Reparaturen

356 Stabile Touren-Räder für Mk. 30.00.

Fritz Amels,

Hauptgeschäft: 1. bei-Strasse 53 k.

Flüster-Gräbe. 2. bei-Strasse 72.

Theilzahlung

Möbel, Spiegel, Silberwaren, Regulateure

Ernst Karsunky

Diplom-Ingenieur

Neustädter 14, part.

„Gedächtnis“, 6. u. 7. Etage

Wegen Umbau

das ganz Sommer-Lager wirklich billig

in eleganten Herren-Anzüge

mit 10 Mk.

mit 12 Mk.

mit 15 Mk.

mit 18 Mk.

mit 20 Mk.

mit 25 Mk.

Goldene 74

2. bei-Strasse 74.

Permanent grösste Auswahl

in sehr feinen eleganten

Anzüge für die Reise, Promenade oder Gesellschaft,

Paletots in bewährten Stoffen und schönen eleganten Farben,

Mänteln mit Pelzine ohne Aermel und ohne Futter schon von Mk. 6,50 an,

Hausjoppen in festen, derben Stoffen, ausserordentlich billig,

Hitzableitern in allen erdenklichen Qualitäten und Farben,

Waschanzüge für Herren in guten festen Leinen- oder Baumwollstoffen,

Jünglings-Anzüge u. Joppen in schönen kleidsamen Façons u. derb. Stoffen,

Straubmänteln für Herren sehr elegant und in praktischen Farben,

Knaben-Wasch-Anzüge in äusserst geschmackvollen Façons und Farben.

Radfahrer-Garderobe in allen Façons und Qualitäten.

Cataloge gratis und franco.

S. Guttentag,

Oblauerstrasse 76/77, I. u. II. Etage.

Gesellschafts-Wagen

zu Vermietung

mit 20 Personen fassend

Equipagen u. Kutscher

Möbelwagen, 40 Pers. fassend

empfehl. 3406

O. Jackisch,

Flüster-Gräbe 140.

2. bei-Strasse 841.

für Schuhmacher

Lederhandlung, Auschnitt und Rohlederzurichterei

Verkauf von Degras emte & Firnischmiedern

machet weicher, weicher und schärft das Leder vor brechen.

Jedermann zu empfehlen.

Herrmann Labich, Breslau

Schiller-Gräbe 10.

Blase Pilot, Arbeiter-Anzüge

in Schiefer 1536

und Schiefer-Gräbe

nach Maß billig bei

G. Krasse

Neustädter 15,

part. und 1. Etage.

Sozialdemokratisches Liederbuch

in Max Kogel

Preis 30 Pf.